

Stadtteiltreff: Jetzt oder nie ist das Motto

Entscheidung im Hauptausschuss

Finn Warncke

GLÜCKSTADT Neun Jahre, so lange versprechen Politik und Verwaltung den Menschen in Glückstadt-Nord schon einen Stadtteiltreff. Ein „Haus für alle“, um den sozialen Zusammenhalt zu stärken.

Am Montagabend, stand das Projekt im Hauptausschuss kurzzeitig auf der Kippe. Das liegt daran, dass der Stadtteiltreff mittlerweile fast sechs Millionen Euro kosten soll. Ursprünglich hatte man mit etwas weniger als zwei Millionen Euro gerechnet. Nun sollte es endlich losgehen – eigentlich. Doch die Verwaltung schlägt vor, die Frist für den Baubeginn nochmal zu verlängern auf maximal vier Jahre. Es fehle Personal und momentan das nötige Geld. Wobei: Theoretisch könnte man die 5,9 Millionen Euro sogar aufbringen, das Geld liegt auf dem städtischen Konto. Nur hätte man dann nichts mehr für andere Projekte, beispielsweise den neuen Sportplatz in Glückstadt-Nord.



Herbert Frauen

Doch das Projekt nochmal nach hinten zu schieben, kam für Siegfried Hansen und die Bürger für Glückstadt (BFG) nicht infrage. „Wir haben den Menschen in Nord unser Wort gegeben“, sagte er. Der Stadtteiltreff sei in den vergangenen Jahren immer wieder hintenüber gefallen. Jetzt müsse damit Schluss sein. Politik und Verwaltung müssten eine klare Ansage machen, wann die Bauarbeiten losgehen. „Ansonsten verspielen wir unser Vertrauen, das die Bürger in uns haben“, sagte Hansen.

Das sahen auch die anderen Parteien so. Doch während beispielsweise FDP, SPD und Grüne darauf pochten, dass es jetzt so schnell wie möglich weitergehen müsse, stellte die CDU ein Ultimatum: „Wenn es wirklich nochmal vier Jahre dauert, dann ist das Projekt für uns gescheitert“, sagte **Lars Kasten** (CDU, Foto). So schlimm das auch sei.

Doch andernfalls wären die Kosten für den Stadtteiltreff nicht mehr tragbar. „Fast sechs Millionen Euro sind schon viel zu viel für so ein Gebäude“, sagte Ebba Okkens-Theuerkauf (CDU). Die Baupreise würden in den nächsten Jahren ja nicht sinken, ganz im Gegenteil. „Dann landen wir nachher bei acht bis zehn Millionen Euro. Das können wir uns niemals leisten“, sagte sie weiter. Und die Betriebskosten für den Stadtteiltreff seien da noch

nicht mal eingerechnet. „Entweder wir machen es jetzt oder gar nicht“, sagte Kasten.

Doch am „Jetzt“ scheitert es eben, machte Bürgermeister Rolf Apfeld nochmal deutlich. Er verstehe den Unmut der Politik. Doch ihm und seiner Verwaltung seien die Hände gebunden. „Solange wir die Ressourcen nicht haben, können wir nichts machen.“

Sein Personal sei bereits für weitere Großprojekte wie die neue Feuerwache und das Wasmer Palais eingespannt. Und ohne Baugenehmigung gehe sowieso nichts. „Da warten wir seit mehr als einem Jahr auf den Kreis Steinburg“, erklärte Apfeld.

Katja Sprengel von der BIG Städtebau, die als Sanierungsträger die Stadt bei ihren Bauprojekten unterstützt, wollte indes klarstellen, was die verlängerte Frist bedeute. Nämlich nicht, dass es noch vier Jahre dauern muss, sondern dauern könnte. „Die verlängerte Frist soll Ihnen lediglich Planungs- und Finanzierungssicherheit geben“, sagte sie.

Schließlich braucht die Stadt für den Stadtteiltreff Fördergeld vom Land. „2024 haben wir hier eine Nullrunde gedreht“, erläuterte Sprengel. Für das Förderprogramm Sozialer Zusammenhalt, zu dem der Stadtteiltreff gehört, sollen dieses Jahr 9 Millionen

„Wenn es wirklich nochmal vier Jahre dauert, dann ist das Projekt für uns gescheitert.“

Lars Kasten
CDU

Euro beantragt werden. Nur: Die Kassen vom Land sind klamm, die Regierung ist auf Sparkurs.

Letztlich lehnte die Politik den Vorschlag der Verwaltung für die verlängerte Baufrist zwar nicht ab, beantragte aber, den Beschluss dafür zu ändern. So soll sofort mit dem Bau angefangen werden, sobald die Baugenehmigung und das nötige Geld da sind. Die CDU stimmte dagegen.

Ein konkretes Datum für den Baubeginn ist das zwar nicht, doch am Montagabend schwebte zumindest die Hoffnung von 2027 durch den Ratssaal. Ewig Zeit hat man mit dem Stadtteiltreff sowie den anderen geförderten Bauprojekten nicht. 2032 läuft der Förderzeitraum aus. Wenn die Bauprojekte bis dahin nicht umgesetzt sind, muss die Stadt die Fördergelder zurückzahlen.